

Protest und Massenmedien

Kurztext zur Pressevorstellung des Buchs *Nur Clowns und Chaoten? Die G8-Protteste in Heiligendamm im Spiegel der Massenmedien*. Hrsg. von Dieter Rucht und Simon Teune. Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Berlin, 28. Mai 2008

Der G8-Gipfel in Heiligendamm vor einem Jahr hat massenhafte und massive Proteste hervorgerufen. Nahezu alles, was Interessierte über den Konflikt zwischen Gipfelteilnehmern, den zu ihrem Schutz abgestellten Polizisten sowie den Demonstranten erfahren konnten, war durch die Massenmedien vermittelt. Somit kam den Journalisten, die von den Ereignissen berichteten, eine besondere Verantwortung zu. Bei dem Treffen an der Ostseeküste gingen sie mit großem Aufwand zu Werke. Die Vorbereitungen für die Berichterstattung reichten bis in den Sommer 2006 zurück. Beim eigentlichen Gipfel waren rund 5.000 Journalisten vor Ort. Sie trafen auf PR-Leute der unterschiedlichen Lager – Presseleute der Bundesregierung, der Polizei und der Protestgruppen –, die es darauf anlegten, ihre Sicht der Dinge in den Massenmedien zu platzieren.

Aus der Flut von Informationen und Kommentaren der verschiedenen Akteure entstand für die Medienkonsumenten ein schwer überschaubares und zum Teil widersprüchliches Bild dessen, was sich in und um Heiligendamm ereignet hat. Welche Aspekte wurden dabei in den Vordergrund und welche in den Hintergrund gerückt? Wie unterscheiden sich einzelne Fernsehkanäle und Zeitungen in ihrer Berichterstattung und Kommentierung? Welche Schwächen, Fehler oder gar Manipulationen sind in der Berichterstattung festzustellen? Diesen und weiteren Fragen sind Journalisten, politische Aktivisten und Wissenschaftler in Erfahrungsberichten sowie qualitativen und quantitativen Medienanalysen nachgegangen. Die Ergebnisse liegen nun in einem Buch vor.

Die zentralen Befunde:

- Der Umfang der Berichterstattung zu dem Konflikt um den G8-Gipfel war im Vergleich zur Berichterstattung bei vorhergehenden Mobilisierungen (etwa in Genua 2001) exorbitant. Dabei war das Medienereignis eher durch die Infragestellung des Gipfels geprägt als von den Inhalten des Treffens: In 82 Prozent der 1165 untersuchten Zeitungsartikel werden Proteste gegen den Gipfel the-

matisiert, aber nur ein Achtel widmet sich dem Gipfelgeschehen. Zu dieser so umfänglichen wie protestorientierten Berichterstattung hat nicht nur die Gewalt beigetragen, die am 2. Juni 2007 im Rahmen der Massendemonstration zutage getreten war, sondern auch eine Reihe von Vorfeldaktivitäten, darunter die offensichtlich ohne konkrete Verdachtsmomente durchgeführten bundesweiten Razzien, die hermetische Abschottung des Tagungsgeländes sowie die gerichtlich bestätigte Einschränkung des Demonstrationsverbots, das vor dem Hintergrund eines völlig übertriebenen Bedrohungsszenarios ausgesprochen wurde.

- Die Darstellung der linksradikalen Gipfelgegner war durchweg von der Fokussierung auf Gewalt geprägt. Substanzielle Informationen waren dagegen spärlich gesät. Dass die radikale Linke maßgeblich an der Organisation der Proteste (z.B. der Blockaden) beteiligt war und die überwiegende Mehrheit gewaltfrei agierte, wurde in der Berichterstattung der Printmedien und des Fernsehens nur selten deutlich. Die Polizeigewalt spielt in den Nachrichtenbeiträgen privater Fernsehsender eine deutlich größere Rolle als bei den öffentlich-rechtlichen Sendern.
- Nicht nur die Eindrücke von Demonstrationsbeobachtern und bewegungsnahen Medienaktivisten einerseits und Vertretern etablierter Medien andererseits wichen erheblich voneinander ab. Auch die etablierten Medien haben über die Konflikte um den G8-Gipfel in sehr unterschiedlicher Weise berichtet. Die Themensetzungen und vor allem die Bewertungen waren ganz wesentlich von den jeweiligen "redaktionellen Linien" geprägt. So wurden die G8-Gegner in konservativen Medien deutlich schlechter bewertet als in liberalen. Beobachter und Anwälte, die selbst nicht unmittelbar Partei in den Konflikten waren, kamen in liberalen Medien ungleich häufiger zu Wort; Vertreter der Polizei fanden dagegen in konservativen Medien eine stärkere Berücksichtigung. Die negativsten Bewertungen der Protestierenden enthielt Bild, die positivsten die Ostsee-Zeitung. Innerhalb der Kommentare wurden die Protestierenden ebenfalls in Bild am negativsten, in der FR und SZ – und nicht etwa der taz – am positivsten bewertet.
- Das Gebot, sach- und faktenorientiert zu berichten, wurde zuweilen massiv verletzt. Vor allem in Konfliktsituationen kam es zu schweren handwerklichen Fehlern, die nicht als Betriebsunfälle gelten können, sondern systematische Mängel in der Nachrichtenproduktion offenbaren. Das zeigen die Falschmeldungen über den angeblichen Kriegsaufruf eines Demonstrationsredners, über Säureattacken oder über Hunderte von Verletzten und Dutzende schwerverletzter Polizisten. Zum Teil wurde selbst dann noch an falschen Darstellungen festgehalten, als bereits massive Zweifel laut wurden und eine Verifizierung problemlos möglich geworden war.
- Auch mit Blick auf Protestgruppen ist Kritik angebracht. So wurden Journalisten z.T. aggressiv angegangen oder bei ihrer Arbeit behindert. Wenngleich bewegungsnahen Medienaktivisten gute Arbeit bei der wahrheitsgemäßen Rekonstruktion der Ereignisse geleistet haben, haben sie wenig

Mühe darauf verwandt, umlaufenden Gerüchten in den Camps der Protestgruppen (z.B. über Polizeiübergriffe) entgegen zu treten.

In der Tendenz offenbaren sich auf Seiten der etablierten Medien zwei grundlegende Schwächen. Zum Ersten neigen sie dazu, den "offiziellen" Quellen a priori mehr Glauben zu schenken als anderen Quellen. Nicht nur wurden tendenziöse Polizeiberichte ungeprüft übernommen. In einigen Fällen bevorzugten Redaktionen sogar diese Berichte, obgleich diesen von den eigenen Reportern vor Ort widersprochen wurde. Der Anpassungsdruck gegenüber anderen Medien, auch der Eifer, möglichst schnell mit einer spektakulären Nachricht aufzuwarten, ist zuweilen größer als die Sorgfaltspflicht, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Zum Zweiten mangelt es auch nach offenkundigen journalistischen Fehlleistungen an der Bereitschaft zu einer selbstkritischen Reflexion. Eine solche müsste über das individuelle Schuldbekenntnis hinausreichen, das ein Redakteur der Berliner "tageszeitung" in dem vorgestellten Buch abgibt. Vielmehr wäre nach den strukturellen Bedingungen und Mechanismen zu fragen, die solche Fehlleistungen begünstigen. Werden in diesem Zusammenhang üblicherweise die notorisch knappen Ressourcen an Zeit und Personal angeführt, so kann dies kaum für die Situation in Heiligendamm gelten. Zumindest bei den größeren Fernsehsendern und bei den überregionalen Tageszeitungen konnte von Personalknappheit wahrhaft nicht die Rede sein.